

E-Control
Rudolfsplatz 13 a
1010 Wien

E-Mail: marktregeln@e-control.at

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen, BearbeiterIn
Mag.Rei/JB

Klappe (DW) Fax (DW)
39204

Datum
16.12.2021

EAG -Befreiungsverordnung

Der Österreichische Gewerkschaftsbund nimmt zum gegenständlichen Begutachtungsentwurf einer EAG-Befreiungsverordnung des Vorstands der E-Control, wie folgt Stellung:

Leider konnte auch nach intensiver Recherche kein Einladungsschreiben seitens der E-Control an den Österreichischen Gewerkschaftsbund zu einer Begutachtungsstellungnahme aufgefunden werden. Es ist somit auch nicht festzustellen, wie lange die Frist für das Begutachtungsverfahren tatsächlich war. Es ist jedoch mit großer Gewissheit auszuschließen, dass es sich über die an sich übliche Frist von sechs Wochen erstreckte.

Aus Sicht des Österreichischen Gewerkschaftsbundes ist es nicht möglich komplexe legislative Vorhaben in wenigen Tagen im Detail zu analysieren bzw. eine entsprechende Positionierung abzuschließen. Dem Begutachtungsverfahren wird somit eine seiner zentralsten Funktionen genommen, da folglich schwerlich inhaltliche Stellungnahmen abgegeben werden können.

Weiters wird darauf hingewiesen, dass der Verfassungsdienst bereits 1958 in seinem Rundschreiben GZ 49.008-2a/58 auf die Notwendigkeit eines zumindest sechswöchigen Begutachtungsverfahrens von Entwürfen zu Gesetzen und Verordnungen des Bundes hingewiesen hat. Auch aus § 4 Z 3 lit a in Verbindung mit § 9 Abs 3 WFA-Grundsatz-Verordnung lässt sich der eindeutige Wunsch des Verordnungsgebers herauslesen, dass im Regelfall eine Begutachtungsfrist von mindestens sechs Wochen zur Verfügung stehen soll. Auch wenn angenommen werden kann, dass bei dringlichen Gründen von dieser Frist abgesehen werden kann, so muss an dieser Stelle festgehalten werden, dass keine derartigen dringlichen Gründe geltend gemacht wurden.

Der Österreichische Gewerkschaftsbund ersucht folglich dringend darum, in Zukunft von einer derartigen kurzen Fristsetzung abzusehen und eine zumindest sechswöchige Begutachtungsfrist einzuräumen. Weiters sei erlaubt darauf hinzuweisen, dass der Österreichische Gewerkschaftsbund in verschiedensten, für die österreichische Energiepolitik relevanten Gremien, wie beispielsweise dem Regulierungsbeirat oder auch der Taskforce Konsumentenschutz vertreten sind. Um dort, bzw. in Begutachtungsstellungen die Interessen unserer Mitglieder angemessen einbringen bzw. vertreten zu können, müssen Begutachtungsentwürfe für Rechtsakte nicht nur zeitnahe, sondern überhaupt zugehen. Es wird daher dringend ersucht zu überprüfen, ob im konkreten Fall ein Übermittlungsfehler seitens der E-Control aufgetreten ist und wie dieser in Zukunft verhindert werden kann.

Zum gegenständlichen Verordnungsentwurf im Konkreten ist festzuhalten:

Bereits in der Stellungnahme zum Begutachtungsentwurf des Erneuerbare-Ausbau-Gesetzes im Herbst 2019 hat der Österreichische Gewerkschaftsbund Regelungen gefordert, welche eine überbordende Kostenbelastung der Privathaushalte verhindern sollten. Dementsprechend wird die gegenständliche Verordnung, welche den § 72 des Erneuerbare-Ausbau-Gesetzes bzw. die dort normierte Kostenbefreiung sowie den § 72a des Erneuerbare-Ausbau-Gesetzes betreffend die Kostendeckelung für einkommensarme Haushalte näher regelt, begrüßt.

Es ist allerdings festzuhalten, dass die steigenden Energiepreise generell eine enorme Belastung aller österreichischen Haushalte darstellen. Der ÖGB hat daher ein Winterpaket gegen Teuerung vorgeschlagen welches vier Elemente umfasst:

- 120 Millionen Euro für Heizkosten-Zuschüsse
- Zeitlich begrenzte Senkung der Umsatzsteuer auf Gas und Strom für alle Haushalte
- Abschalte-Stopp der Energie-Anbieter bei nicht bezahlter Rechnung
- Regierungsauftrag an das WIFO zur Feststellung der Preissteigerung


Weiterführende Informationen zu diesen Forderungen sind unter folgendem Link abrufbar:
<https://www.oegb.at/themen/soziale-gerechtigkeit/wohnen/winterpaket--oegb-fordert-120-millionen-euro-fuer-den-kaelteschu>

Auch wenn die Umsetzung dieses Paketes nicht in den unmittelbaren Zuständigkeitsbereich der E-Control fällt, ersucht der Österreichische Gewerkschaftsbund um Unterstützung dieser Forderungen.

Der Österreichische Gewerkschaftsbund ersucht um Berücksichtigung seiner Anliegen.


Wolfgang Katzian
Präsident




Mag.ª Ingrid Reischl
Leitende Sekretärin

2 / 2